

GÖTTINGER BLÄTTER

10.2016

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Mehr Geld für kommunale Aufgaben

Was war das für ein Wahlkampf!

Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen hatte die Göttinger Linke auf den Wahlkampfständen Platz für ein Wahlkampfplakat im Format DIN A0, gleichberechtigt neben den Plakaten von SPD, CDU, Grüne, FDP und Piraten. Und dann steht nur dieser fromme Wunsch drauf? „Mehr Geld für dies oder jenes?“ Scheinbar sind das Forderungen, die sich nur auf Landes- oder eher Bundesebene verfolgen lassen. Wie soll der Wahlkampf mit solchen Mitteln erfolgreich sein?

So oder so ähnlich haben sich wahrscheinlich einige Genoss*innen gefragt, was dieses Plakat sollte. Aber zurück gefragt: Wer glaubt denn noch daran, dass angesichts klammer kommunaler Kassen und einem Spardiktat, das durch den sogenannten Zukunftsvertrag auf die Spitze getrieben wird, Kommunalpolitik sich vor allem als Nutzung der geringen verbleibenden Spielräume im Interesse der Umwelt und der hier lebenden Menschen umsetzen lässt?

Unser Wahlkampf war erfolgreich. Trotz der ärgerlichen Konkurrenzkandidatur durch die ehemalige Ratsfraktion (Antifa LINKE) konnten wir als Göttinger Linke unser Ergebnis im Vergleich zur letzten Kommunalwahl sogar noch etwas verbessern. Darauf können wir sehr stolz sein. Der Dank gilt allen Genossinnen und Genossen, die ihren Beitrag zum Wahlkampf auf der Straße, beim Erstellen und Verbreiten der Materialien, in Gesprächen mit Bekannten, am Arbeitsplatz, im Verein und, und, und geleistet haben. Ein großes Dankeschön an Euch alle!

Die Göttinger Linke stand im Wahlkampf für die Forderung, die „Spar“-Politik in den Kommunen radikal zu beenden: Kommunen müssen sich erst einmal weiter verschulden, wenn die Lebensverhältnisse in ihnen und die daraus folgende Sündenbocksuche nicht immer unerträglich werden sollen. Schulden können später aus der Besteuerung vor allem der Allerreichsten getilgt werden. Das geht nur über den Bund. Jede Sparpolitik in der Kommune geht auf

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Mehr Geld für Kommunen	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke	11
DKP Redebeitrag	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 11.2016
ist der 21. Oktober.
Auslieferung am 27. Oktober.

Kosten der großen Mehrheit. Es gibt keinen anderen Weg, als der Politik der „etablierten“ Parteien etwas entgegen zu setzen, wenn man verhindern will, dass die Rahmenbedingungen für AfD und Co immer besser werden.

(es)

Mehr Geld

für kommunale Aufgaben

... für Kitas und Schulen

... für bezahlbare Wohnungen

... für Sozialticket
in Bädern und BussenGöttinger Linke
in den Stadtrat!

► Kommunen dürfen sich verschulden – keine Politik nach Kassenlage!

Wir müssen eine Wahlalternative anbieten. Bisher haben alle Bundesregierungen, also alle etablierten Parteien von CDU, FDP und SPD bis zu den Grünen Politik vor allem für die Allerreichsten gemacht. In der Kommune lässt sich das am deutlichsten begutachten: Weil Steuern auf Bundesebene vor allem zugunsten der Reichsten gesenkt worden sind, fehlen den Kommunen gewaltige Geldbeträge.

Die Situation in den Kommunen:

Wünschenswert wäre, dass Kommunen mit Hilfe von aus dem Bund zugewiesenen Steuergeldern kommunalen Wohnungsbau in ausreichendem Maße betreiben.

(...) Fortsetzung auf Seite 10 –
Göttinger Linke



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► „Mit Schimpf und Gelächter die Nazis aus der Stadt verjagt“

Göttinger Bündnis bewertet die Kundgebungen gegen rechts als großen Erfolg

Das Göttinger Bündnis gegen Rechts blickt auf einen bewegten und aktionsintensiven Sommer zurück. Am vergangenen Samstag folgten rund 900 Demonstrant_innen dem Aufruf des Göttinger Bündnisses gegen Rechts, einen Aufmarsch der Rechtsextremen um NPD-Landratskandidat Jens Wilke in der Stadt zu verhindern. Bei der bunten und lebendigen Gegenkundgebung des Bündnisses mit anregendem Stadtteilfest-Charakter zeigten Redner_innen aus DGB-Gewerkschaften, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DKP, Die Linke, Ratsfraktion Antifa Linke, der SDAJ und der Antifaschistischen Linken International Gesicht und Stimme gegen die Rechten. 6.500 Euro Spendengelder sind für die Aktion des Bündnisses unter dem Motto Spendengala „Rechts gegen Rechts“ binnen weniger Tage zusammengekommen.

„Wir haben die Nazis an ihrem ‚Kampftag‘ mit Schimpf und vor allem Gelächter aus der Stadt verjagt. Der vielfältige Widerstand so vieler Menschen in Göttingen und die großzügige Spendenbereitschaft aus dem Einzelhandel, von Firmen und Privatpersonen haben diesen Tag zu einem großen Erfolg gegen braune Einfalt gemacht. Das Bündnis gegen Rechts bedankt sich bei allen Unterstützenden: Auf jeden kommt es an!“, resümiert DGB-Gewerkschaftssekretärin Agnieszka Zimowska die Gegendemonstration und Spendengala-Kundgebung des Göttinger Bündnisses am Bahnhofsvorplatz.

„Wir sind in diesem Sommer als breiter antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Zusammenhang gewachsen. Dank unserer Ausdauer, Kreativität und Bereitschaft kontrovers zu diskutieren und konstruktiv zusammenzuarbeiten ist es uns gelungen, die Nazis in die engen „Käfigschränken“ am Bahnhof zu weisen, wo sie nur äußerst isoliert auftreten konnten,“ bewertet die Gewerkschafterin die Bündnisarbeit. Man habe

im Bündnis die Konfrontationsstrategie der Polizei und die provokanten Auftritte der Rechtsextremen gemeinsam ausgewertet und überdacht. Daraus wurde ein über die Kommunalwahlzeit hinaus erfolgreicher Aktionskonsens des Bündnisses erneuert: gewaltfreie und sichtbare Gegenkundgebungen, die Göttinger_innen aller Altersspektren erlauben ihr NEIN zu Menschenhass und Rassismus auf die Straße zu tragen. Kreative Aktionen, fröhliche und entschlossene Blockadekonzepte stets mit Mitteln des zivilen Ungehorsams, ausdrucksstarke Störaktionen der Nazikundgebungen und zuletzt eine humorvolle und fulminante Spendengala zugunsten einer Seenotrettungsorganisation für Flüchtende: Dies alles sei nur möglich gewesen, weil alle Bündnispartner_innen am gemeinsamen Ziel festhielten und keine Spaltungsnebenschauplätze zuließen, hält Zimowska fest. „Jeder Platz ist unser Platz! Keinen Raum für menschenverachtende Nazipropaganda. Solidarität und Weltoffenheit als politischer Ausdruck in Stadt und Landkreis! – Unsere Haltung muss den engstirnigen Ewiggestrigen mehr als deutlich geworden sein. Der von ihnen erhoffte Zulauf für die Mandate im Kreistag ist kläglich ausgefallen. Das zeigt uns, wie wichtig es ist, den Rechtsextremen wie den Rechtspopulisten keinen Raum zu überlassen und sie vielmehr zu marginalisieren. Wir sind als Bündnis hochzufrieden. Wir sind mit unseren Inhalten wahrnehmbar geworden und haben den Nazis gemeinsam eine klare Abfuhr erteilt.“

Zimowska sieht die Bestätigung einer erfolgreichen Strategie des Bündnisses darin, dass Stadt und Polizeiführung von ihrer Seite zu den jüngsten Erfolgen der Bündnis-Kundgebungen mit zurückhalten, aber klaren Strategien beigetragen haben. Dennoch bleibt eine Kritik des Bündnisses gegen Rechts an Einsätzen

der BFE-Einheiten verstärkt bestehen. Noch Stunden nach den Demonstrationen und selbst in den Abendstunden berichteten Bürger_innen von zusammenhangslosen Verfolgungsszenarios der Polizeieinheiten, denen Menschen ausgesetzt waren. Das Bündnis gegen Rechts ist um diese unverhältnismäßige Vorgehensweise der Polizei besorgt. Seien doch am Samstag auf der Seite der Rechtsextremen bundesweit bekannte Hetzer und ihr Zeigen verfassungswidriger Symbole vor den Augen der Polizei ungeahndet geblieben. Das Bündnis kündigt an, nach eigener Auswertung der Polizeistrategien politisch an die Öffentlichkeit zu gehen. „Der Preis, den einzelne Nazigegeger_innen für ihre gewaltfreien Blockaden am vergangenen Wochenende zahlen, ist enorm hoch. Das Bündnis gegen Rechts möchte seine Solidarität für die Blockierenden am Güterbahnhof bekunden“, fügt die Sprecherin an.

Solidarität gegen Repression!

Als breites Bündnis sind wir in den vergangenen Wochen gegen Nazis auf die Straße gegangen, um gegen faschistische Propaganda und Rassismus zu protestieren. Dabei kam es leider immer wieder zu Übergriffen und Festnahmen seitens der Polizei. Zur Unterstützung der betroffenen Antifaschisten bei den juristischen Folgen hat die Rote Hilfe Göttingen ein Solidaritätskonto eingerichtet. Niemand soll mit den Kosten alleine gelassen werden. Jeder Spenden-Euro hilft bei der Verteidigung unserer demokratischen Rechte, denn Antifaschismus ist kein Verbrechen, sondern weiterhin notwendig.

Das Spendenkonto lautet:

Rote Hilfe e.V. OG Göttingen
IBAN: DE72 4306 0967 4007
2383 99
GLS-Bank
Stichwort: „Antifaschismus“

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



Mitgliederversammlung
Dienstag, den 04. Oktober, 20:00 im Berliner Hof
Wahlen der Delegierten zur Bundesdelegiertenkonferenz

Das kubanische Bildungswesen:

► Zahlen, die für sich sprechen

Das von der Diktatur hinterlassene Erbe, dem sich Kuba im Jahr 1959 gegenüber sah, war in vielen Bereichen erbärmlich, so auch im Bildungsbereich. Bei einer Bevölkerung von fünfeinhalb Millionen Einwohnern waren 23,6 Prozent der über 15-Jährigen Analphabeten.

Im Moncada-Programm, das in der Selbstverteidigungsschrift des Revolutionsführers Fidel Castro Ruz im Gerichtsprozess wegen der Aktionen vom 26. Juli 1953 enthalten ist, wurden die dringendsten Probleme der Gesellschaft ins Rampenlicht gerückt. Unter anderem sah es den allgemeinen und freien Zugang zur Bildung vor. Und dies wurde erreicht.

Heute hat Kuba die Ziele und Maßnahmen im Hinblick auf umfassende Grundbildung und Beseitigung des Analphabetismus verwirklicht, die im Aktionsplan der Weltkonferenz „Bildung für alle“ von Jomtien (Thailand) formuliert wurden.

Nach Daten des UN-Entwicklungsprogramms beträgt der durchschnittliche Bildungsgrad der kubanischen Bevölkerung 11,5 Jahre, d.h. dass die über 25-Jährigen im Durchschnitt 11,5 Schuljahre durchlaufen haben. Die aktuelle Erwartung des Bildungsgrades beträgt 13,8 Jahre. Bei einer

gegenwärtigen Bevölkerung von 11,27 Millionen Menschen haben nach dem Sieg der Revolution insgesamt mehr als eine Million Kubaner ein Hochschulstudium abgeschlossen.

Trotzdem bleibt eine weite Strecke auf dem Weg zurückzulegen, dessen Richtung vor 57 Jahren abgesteckt wurde. Wenn am Anfang dieses Weges Tausende Kinder keine Schule hatten, sprechen wir heute davon, diese Institutionen in Epizentren des kulturellen Lebens zu verwandeln. Der Analphabetismus wurde nicht nur in Kuba beseitigt, sondern es wurden bereits über neun Millionen Menschen in 30 Ländern mit Hilfe des Programms „Yo, sí puedo“ alphabetisiert. Die am 1. Januar 1959 vorgefundene Realität wurde endgültig überwunden und heute wird eine immer hochwertigere Bildung angestrebt.

1959–1961

Botschaft zur Bildungspolitik an das kubanische Volk. Übergabe von 69 Kasernen des Batista-Regimes an das Bildungsministerium innerhalb eines Jahres (1959). Gesetz zur allgemeinen Verstaatlichung der Bildung erlassen. Annahme des Gesetzes der Bildungsreform durch den Ministerrat. Ankunft der ersten freiwilligen

Lehrer im Sierra-Maestra-Gebirge. Erklärung Kubas zum Territorium frei von Analphabetismus. Einrichtung des Programms Ana Betancourt für die Ausbildung von Bauernmädchen.

1962–1970

Gründung der Nationalen Kunstschule und Schaffung von Kulturzentren im ganzen Land. Gesetz der Hochschulbildungsreform erlassen. Die ersten 764 Grundschullehrer schließen das Pädagogische Institut „Makarenko“ ab. Es entstehen Sonderbildungsprogramme wie das für die Weiterbildung von Frauen oder das der technologischen Institute. Bildung der Abteilung Stipendien und massive Einrichtung von Internatsschulen. Einführung des Sportunterrichts von der Grundschule an.

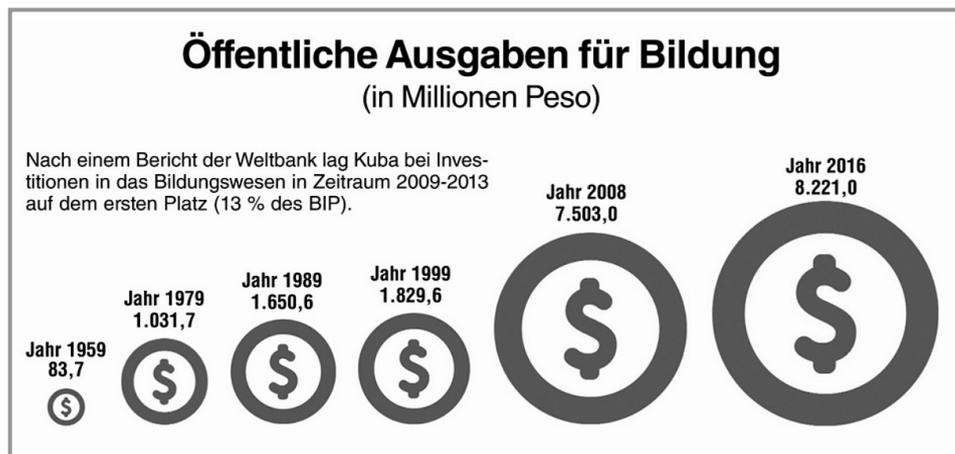
1971–1975

Erster Nationaler Bildungs- und Kulturkongress im April 1971. Gründung der Pädagogischen Abteilung Manuel Ascunce Domenech. Verbreitete Einrichtung von Internatsschulen der Sekundarstufe I auf dem Land. 1972 entsteht das Zentrum für Bildungsentwicklung. Erster Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (Dezember 1975): These der Bildungspolitik mit der entsprechenden Resolution wird angenommen. Maßnahmen für eine Erste Vervollkommnung des Bildungswesens werden beschlossen.

1976–1990

Der Bildungsgrad des kubanischen Volkes steigt von 6 auf 9 Schuljahre. Gründung des Ministeriums für Hochschulbildung. 1976 wird eine neue Verfassung angenommen, in der der Zugang zur Bildung als Recht und Pflicht aller Bürger anerkannt wird. Gründung des Zentralinstituts der Pädagogischen Wissenschaften (ICCP). Die UNESCO zeichnet Kuba für Ergebnisse im Bildungsbereich aus.

1. Internationaler Kongress Pädagogik 1986 findet statt (bis 2015 hat es 14 Ausgaben gegeben). Gründung des Pädagogenverbandes Kubas.



(...) Forts. auf Seite 12

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Wie weiter nach den Kommunalwahlen?

Wir sind mit dem Wahlergebnis zufrieden: Die Göttinger Linke konnte ihr Wahlergebnis trotz der Konkurrenz aus eigenen Reihen prozentual leicht verbessern und ihre Sitzzahl verteidigen. Dazu gibt es noch die Ergebnisse von Parteien und Wählervereinigungen links von SPD und Grünen zu berücksichtigen: Die Piraten konnten ihre Sitze ebenfalls verteidigen, die Antifaschistische Liste Göttingen einen einzigen Sitz erkämpfen. Auch die Satire-Partei „Die Partei“ konnte Wähler links von SPD/Grüne für sich mobilisieren und damit einen Platz im Rathaus ergattern.

Die AfD lag in Göttingen mit 2,7 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Verloren haben: Vor allem die Grünen vier Sitze, dazu noch die CDU einen Sitz. Insgesamt kann man behaupten, dass das Potenzial für Linkswähler über 10% in Göttingen beträgt. Das ist viel.

Dabei geht es uns vor allem um den außerparlamentarischen Widerstand. Und da ist es nicht so schön: Die Ergebnisse der Mobilisierung im Wahlkampf, so war unsere Wahrnehmung, dass beispielsweise die Veranstaltungen ausnahmslos schlecht besucht waren. Gekommen waren kaum Nicht-Organisierte, es beteiligten sich vor allem Aktivisten und Mitglieder der Göttinger Linke. Das Problem war auch bei der Mobilisierung zur antifaschistischen Demonstration

gegen die NPD am Tag vor den Wahlen zu erkennen. Es waren lediglich etwa 1000 Menschen gekommen, obwohl das Thema der Provokation der FKTN und NPD fast täglich über mehrere Wochen in der Zeitung stand, die NPD sogar einzelne Wohnbereiche mit einem Lautsprecherwagen beschallte.

Vor zehn Jahren war die Stadt Göttingen bei den antifaschistischen Protesten noch eine Hochburg. Der Rechtsruck, der in der ganzen Republik stattfindet, schleicht sich langsam in die Universitätsstadt Göttingen ein. Und zwar Schneller und zunehmend gefährlicher. Wo gibt es Ansätze für außerparlamentarischen Widerstand? Wo sammeln sich die Leute, wo gibt es Organisationsansätze? Im vergangenen Jahr entstanden die Flüchtlingshilfsinitiativen, eine Größenordnung von vermutlich etwa 1000 Menschen, mit der OM10 als (beileibe nicht alleiniges) Flaggschiff. Die Hilfsinitiativen fanden aber selten ihren Weg auf die Straße oder in die organisierte Linke, so blieb die Einschränkung des Asylrechts fast ohne öffentlichen Widerspruch. Dies trotz der Wut über die Tricks des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Köhler bei der Errichtung des Flüchtlingslagers in der Siekhöhe vor der Autobahnauffahrt.

Eine weitere bedeutungsvolle Größenordnung im außerparlamentarischen

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 11. Oktober, 20:00 Uhr

Mitarbeit der DKP in der Göttinger Linke

MV Dienstag, 25. Oktober, 20:00 Uhr

Vorbereitung des außerordentlichen Bezirksdelegiertenkonferenz/Landesmitgliederversammlung + Öffentlichkeitsarbeit der DKP Göttingen

rischen Kampf waren die Tarifrunden im Sozial- und Erziehungsdienst. Es wurde lange gestreikt, dabei bewegten sich einige Hunderte betroffene Kolleginnen und Kollegen, für die der Arbeitskampf wirkliches Neuland waren. Zudem der Arbeitskampf in der Elektro- und Metallindustrie, wo über Tausend Kollegen auf die Straße in Göttingen gingen. Allerdings nur für kurze Warnstreiks. Meistens bleiben die tariflichen Kämpfe aber ohne Bezug zu den gesellschaftlichen Kämpfen (Ausnahme SuE-Streik) und wurden auf halbem Wege beendet.

Was die Gewerkschaften als weiterhin große Organisation der Werktätigen angeht, so müssen wir daran arbeiten, die von der Gewerkschaft getragenen politischen Kämpfe wie gegen TTIP oder gegen Rechts in die Betriebe zu tragen. Und umgekehrt betriebliche/tarifliche Kämpfe in die Gesellschaft zu bringen.

Nur wenn diese Kämpfe, ob Gewerkschaft, Flüchtlingsgegner oder Antifaschisten, von uns in Betrieb, Politik und Gesellschaft verknüpft werden, kann aus dem Linkswähler-Potenzial ein ernstzunehmender außerparlamentarischer Widerstand entstehen, der auch mit Hilfe einer antikapitalistischen Ratsarbeit eine Wirksamkeit entwickelt, die in der Lage ist, den Schikanen der Herrschenden und ihrer Parteien etwas entgegen zu setzen. Auch in der Kommunalpolitik und auch in Göttingen!

marxistisch · kritisch · analytisch



- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de

GROBIAN Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Mandat der Göttinger Linken im Ortsrat Grone gestärkt



Zur Kommunalwahl 2006 trat die Groner Antifaschistische Liste (GRAL) im Rahmen des Wählerbündnisses Göttinger Linke (GöLi) an und errang mit 4,9% einen Sitz im Ortsrat. 2011 überraschte Civar Arkat auf der Liste der GöLi mit seinem Wahlkampf und persönlichem Erfolg. Er wandte sich an die ausländischen Mitbürger, klingelte an jeder Wohnungstür und warb um Stimmen für sich. Das Ergebnis: 8,2% (!) für die GöLi in Grone und Civar zog in den Ortsrat und Stadtrat ein. Leider hat er dann sein starkes Engagement im Ortsrat nicht weiter geführt und sich schließlich mit Patrick Humke zusammen aus der Göttinger Linken verabschiedet. Die GöLi in Grone konnte also zur jetzigen Kommunalwahl nicht auf den „Civar-Bonus“ hoffen. Sie befürchtete statt dessen einen peinlichen Rückgang der Wählerstimmen.

Die Grobiane, vor allem Bärbel Safieh und Hendrik Falkenberg beschäftigte schon seit letztem Jahr der drastische Leerstand in Grone-Süd, bei gleichzeitiger Wohnungsnot in Göttingen, und der Rückzug von Banken und Nahversorgung aus den Wohngebieten. Deswegen wurde der „Runde Tisch Grone“, der vor über 2 Jahren eingeschlafen

war, reaktiviert und findet seither große Resonanz.

So hat sich das zentrale Thema des Wahlkampfes der GöLi in Grone quasi natürlich ergeben und auch die Spitzenkandidaten: Hendrik Falkenberg für den Ortsrat und Bärbel Safieh für den Stadtrat. Die Gruppe war sehr rührig. Es wurden eigene Plakate entworfen und geklebt. Mit gleichem Motiv wurden Plakatwände angemietet (siehe Foto). Es gab 6

Infostände vor Einkaufszentren in Grone Nord und -Süd. Eine Veranstaltung im Bürgerhaus Grone zu Wohnungspolitik wurde flächendeckend beworben. Es wurden rd. 6.000 Flyer der GöLi für den Wahlbereich 3 verteilt und rd. 3.700 Nachbarschaftsbriefe gesteckt.

Die Anstrengung wurde von den WählerInnen belohnt. Die GöLi in Grone bekam 8,9% und hat damit das Ergebnis von 2011 übertroffen! Herzlichen Glückwunsch an Hendrik Falkenberg, der gestärkt das Mandat im Ortsrat Grone war nimmt.

Die Auswertung der Stimmen in den Wahlbezirken bestätigte die ursprüngliche Befürchtung der GöLi Grone. In den Wahlbezirken, in denen Civar besonders erfolgreich war, gingen diesmal die Stimmanteile für die GöLi zurück. Dafür konnten in anderen Wahlbezirken um so mehr Stimmen gewonnen werden. Das macht deutlich, dass es tatsächlich der eigene Wahlkampf war, der hier gewirkt hat. Daran dürften die Nachbarschaftsbriefe einen großen Anteil haben. Die Nachbarschaftsbriefe sind Flyer mit Bild, Anschrift und einer persönlichen Ansprache, die von KandidatInnen der GöLi in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft verteilt werden. Hier spielt die Wiedererkennung von Begegnungen auf der Straße eine Rolle und bricht die Anonymität von Wahlwerbung auf. Das hat offensichtlich die WählerInnen angesprochen.

OTE



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Einladung zur Kreismitgliederversammlung des KV Göttingen/Osterode

Donnerstag, den 27. Oktober um 18:30 Uhr bei Arbeit und Leben,
Lange-Geismar-Straße 72-73

Tagesordnungsvorschlag:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation
2. Wahlergebnisse in unserem Landkreis
3. Weitere Arbeit im Kreistag
4. Wahlkampfkosten
5. Rotes Zentrum
6. Parteiausschlussverfahren
7. Situation im KSR
8. Anträge
9. Verschiedenes

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Termin stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest!

OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Termin bitte bei Olaf und Kirsten Klein (vgl. Adressenspalte) erfragen.

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Termin bitte bei Ilyas Cangöz (vgl. Adressenspalte) erfragen.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Termine bitte bei Uli Maschke (vgl. Adressenspalte) erfragen.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 18. Oktober, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden **Donnerstag 19 Uhr**, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

Treffen der AKL (Antikapitalistische Linke)

Mittwoch, 19. Oktober um 19 Uhr im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2-3

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Donnerstag, den 27. Oktober, um 17.15 Uhr im Roten Zentrum (1. Stock)

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333
E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann
ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen
IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00
BIC: GENODEF1GOE

Nach dem Brexit:

► Neue Impulse für die Militärmacht EUropa

Sabine Lösing, MdEP, DIE LINKE.

Bereits auf den Treffen des Europäischen Rates 1999 wurden die Weichen in Richtung einer Militarisierung der Europäischen Union gestellt. Dort fiel die Entscheidung, eine Schnelle Eingreiftruppe von 60.000 Soldaten aufzubauen. Im Jahr 2003 folgten die ersten der bisher über 30 Einsätze im Rahmen der »Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik« (GSVP) und seit 2004 stehen auch sogenannte Gefechtsverbände auf Abruf bereit. Im Jahr 2009 trat schließlich der Vertrag von Lissabon als neue EU-Rechtsgrundlage in Kraft, der die Tür für eine Reihe weiterer Maßnahmen öffnete, um die »Militärmacht EUropa« voranzutreiben. Dennoch kamen zentrale Projekte – etwa die Einrichtung eines EU-Hauptquartiers oder die Nutzung von EU-Haushaltsgeldern für militärrelevante Bereiche – bislang kaum voran. Auch die mit viel Getöse veranstalteten Rüstungsgipfel der Staats- und Regierungschefs 2013 und 2015 erwiesen sich nicht als die großen Würfe.

Zwei aktuelle Entwicklungen könnten hieran etwas ändern: Auf ihrem Gipfeltreffen Ende Juni 2016 verabschiedeten die europäischen Staats- und Regierungschefs eine neue EU-Globalstrategie (EUGS), die die allgemeinen Ziele absteckt, die die Europäische Union mit ihrer Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen möchte. Möglichst bald soll auf dieser Grundlage ein konkreter Militarisierungskatalog vorgelegt werden, damit die Union über die »nötigen« militärischen Mittel verfügt, um diese Interessen notfalls gewaltsam durchsetzen zu können. Hier kommt die zweite wichtige Entwicklung zum Tragen: Bislang war es vor allem Großbritannien, das die Stärkung der EU-Militärkomponente ablehnte und nahezu alle Initiativen in diese Richtung blockierte. Mit der Brexit-Abstimmung werden nun die Karten neu gemischt.

Neoliberale Globalstrategie

Im Juni 2015 wurde die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini damit beauftragt, die ein Jahr später verabschiedete EU-Globalstrategie auszuarbeiten. Das Papier namens »Gemeinsame Vision, ge-

meinsame Aktion – ein stärkeres Europa« ersetzt die bisher gültige »Europäische Sicherheitsstrategie« (ESS) aus dem Jahr 2003. Die Interessen der Mitgliedsländer ließen sich, so der alles durchziehende Befund der EUGS, nicht mehr nationalstaatlich durchsetzen. Nur im EU-Verbund könne die für notwendig erachtete machtpolitische Schlagkraft generiert werden, um auch in Zukunft Einfluss im globalen Maßstab ausüben zu können.

Fragt man danach, für was Europa sein gemeinsames Gewicht in die Waagschale werfen soll, wird schnell klar, welch großes Interesse daran besteht, den Regeln der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung, von denen nicht zuletzt Deutschland als Spitzenexporteur massiv profitiert, Nachdruck zu verleihen. Konkret heißt es in der EUGS: »Voraussetzung für eine prosperierende Union ist ein starker Binnenmarkt und ein offenes internationales Wirtschaftssystem. Wir haben ein Interesse an fairen und offenen Märkten, an der Festlegung globaler Wirtschafts- und Umweltregeln und an einem dauerhaften Zugang zu den globalen Gemeingütern über offene See-, Land-, Luft- und Weltraumwege.«

Die Fähigkeit eigenständig Krieg führen zu können würde die machtpolitische Befreiheit der EU erheblich vergrößern, da sie bislang bei größeren Einsätzen von Fähigkeiten der NATO (und damit den USA) abhängig ist. So verwundert es nicht, dass der Anspruch auf eine »autonome militärische Handlungsfähigkeit« in der EUGS an zahlreichen Stellen auftaucht.

Deutsch-französische Offensive

Wie bereits angedeutet, scheiterten bislang fast alle Schritte zur Stärkung der EU-Militärpolitik am Widerstand Großbritanniens. Mit dem Austritt Großbritanniens könnte deshalb der Weg für eine forcierte Militarisierung der Europäischen Union frei werden: »Einige britische EU-Ausstiegs-Befürworter hatten vor dem Referendum noch behauptet, Brüssel halte das Papier bewusst unter Verschluss, weil es einer künftigen EU-Armee den Weg bereite. Aber

auch die Cameron-Regierung setzte, was das Militärische angeht, stets voll auf die NATO und hielt nie viel von den zaghaften EU-Versuchen, parallel dazu auch mit militärischen Strukturen zu experimentieren. Wenn sich das Königreich von der EU abnabelt, könnte sich die Ausgangslage hier ändern«, so die Tagesschau im Juni 2016.

Wenige Tage nach Abschluss des britischen Referendums nutzten Frankreich und Deutschland die Gunst der Stunde und holten ein offensichtlich schon länger ausgearbeitetes Papier namens »Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt« hervor. Darin kündigten der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein französischer Amtskollege Jean-Marc Ayrault an, »weitere Schritte in Richtung einer Politischen Union in Europa unternehmen« zu wollen. Darin wird auch »Eine europäische Sicherheitsagenda« vorgestellt. Sie enthält die Forderung, die EUGS als Sprungbrett für eine weitere Militarisierung der Union zu nutzen: »Deutschland und Frankreich [schlagen] eine europäische Sicherheitsagenda vor, die alle Sicherheits- und Verteidigungsaspekte umfasst, die auf europäischer Ebene eine Rolle spielen. [...] Die Globale Strategie der Europäischen Union, das neue außenpolitische Grundsatzdokument der EU, [...] ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Doch wir müssen noch weiter gehen [...]«

Darauf folgt eine Reihe von Vorschlägen - wie z.B. das wirksamere Planen und Durchführen von zivilen und militärischen Operationen, mit Hilfe einer ständigen zivil-militärischen Planungs- und Führungsfähigkeit oder die Einrichtung ständiger maritimer Einsatzverbände seitens der EU-Mitgliedsstaaten - die zwar fast alle schon geraume Zeit durch die Brüsseler Korridore geistern, jedoch bislang stets am britischen Widerstand scheiterten. Es bleibt abzuwarten, ob Deutschland und Frankreich mit diesen Vorschlägen durchkommen werden. Ihre Realisierungschancen sind aber durch die aktuelle Brexit-Debatte erheblich gestiegen.

**Europabüro
Göttingen**

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

► Kommunalwahl 2016:

Drei Fraktionen, vier Einzelmandate und zwei Ortsratsmandate. Das ist die Gesamtausbeute des Wahlantritts von Linken im neuen Kreis Göttingen.

In der Stadt Göttingen gelang es der Göttinger Linken, trotz der Gegenkandidatur der so genannten „Antifaschis-

tischen Linken“ das Ergebnis von 6,2% auf 6,3% leicht zu verbessern. Sie ist jetzt durch Gerd Nier, Rolf Ralle und Edgar Schu vertreten. Auch die beiden Ortsratsmandate in Grone (Hendrik Falkenberg) und Geismar (neu: Thomas Bredy) wurden bestätigt.

Zur Kreistagswahl konnte DIE LINKE ihr Ergebnis im neuen Großkreis insgesamt um rund ein Prozent auf jetzt 4,4,% steigern und ist jetzt mit drei Mandatsträgern im vergrößerten Göttinger Kreistag vertreten. Neben den beiden bisherigen Kreistagsabgeordneten Eckhard Fасher und Andreas Gemmecke ist dies Konrad Kelm. Konrad ist Schriftsetzer und vor allem in der Flüchtlingsarbeit aktiv. Viele ältere Genossinnen und Genossen erinnern sich auch an seine positive Rolle in der damaligen Linken Liste Göttingen zu Beginn der 1990er Jahre.

Wie im Bundestrend erleiden SPD, CDU und Grüne Verluste. Vor allem durch die starken Einbußen der Grünen verlieren SPD und Grüne ihre Mehrheit aus beiden Kreistagen und würden auch mit einem SPD-Landrat lediglich auf 35 von 73 Sitzen kommen, so dass ihnen zwei Sitze zur Mehrheit fehlen. Ob es zur Bildung einer neuen Mehrheitsgruppe beispielsweise mit den Freien Wählern gekommen ist, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Neu ist der Einzug der AfD, wenn auch nicht in der zu befürchteten Höhe und ihrer Abspaltung Alfa. Die AfD hate allerdings nur in elf Wahlbereichen kandidiert. Gescheitert ist hingegen der Einzug der NPD.

Die Situation in den Gemeinden des bisherigen Kreises Göttingen:

Im bisherigen Kreis Göttingen gab es wie 2011 Kandidaturen in Hann. Münden, Rosdorf und Dransfeld. Dort gab es insgesamt eine erfreuliche Bilanz:

So konnte in Hann. Münden ein zweites Mandat und damit Fraktionsstatus erreicht werden. Zu Kirsten Klein, die seit 2011 im Stadtrat vertreten ist, kommt das KSR-Mitglied Michael Kaufmann hinzu. Der Stimmenanteil konnte hier von 2,3% auf 4,4% fast verdoppelt werden.

In Dransfeld ist Ulrich Maschke nicht nur wie seit 2011 Mitglied im Samtgemeinderat, sondern jetzt auch im Stadtrat Dransfeld. Hier konnte das Ergebnis in der Samtgemeinde von 2,3 auf 3,0% und in der Stadt Dransfeld von 2,5% auf 3,8% gesteigert werden.

In Rosdorf gibt es ebenfalls einen kontinuierlichen Aufwärtstrend. So erreichte 2001 die damalige PDS 1,9 %, DIE LINKE 2006 2,6%, 2011 3,4% und jetzt 4,4%. DIE LINKE ist so seit 2006 mit einem Mandat im Gemeinderat vertreten, das jetzt Stine Rummel-Strebelow inne hat.

Sitzverteilung:						
Partei	Anteil 16	Anteil 11*	Sitze 16	Kan. in WB	Sitze 11 GÖ	Sitze 11 OHA
WB/ Insg.	54,0 %	51,6%	72	13	64	42
DIE LINKE	4,43 %	3,4%	3	13	2	1
SPD	34,69 %	38,4%	25	13	23	19
CDU	30,15 %	32,8%	22	13	21	14
Grüne	12,82 %	17,3%	9	13	13	4
AfD	5,35 %	n.a.	4	11	n.a.	n.a.
FDP	4,37 %	2,7%	3	13	1	2
FWLG	3,56 %	3,2%	3	13	3	n.a.
Piratenpartei	1,18 %	1,0	1	13	1	n.a.
Alfa	1,05 %	n.a.	1	13	n.a.	n.a.
Die Partei	0,81 %	n.a.	1	6	n.a.	n.a.
NPD	0,74 %	0,5%	0	13	n.a.	1
BI für OHA	0,68 %	n.a.	0	3	n.a.	n.a.
BLW	0,17 %	n.a.	0	1	n.a.	n.a.
BI Lauterb.	n.a.	0,5%	n.a.	n.a.	n.a.	1

* FWLG und Piraten hatten nur im Kreis Göttingen, die NPD nur im Kreis Osterode kandidiert.

Für den Ortsrat Rosdorf reichte es bei jetzt 4,8% gegenüber bisher 4,0 % noch nicht für ein Ortsratsmandat.

Für das ländliche Gebiet des bisherigen Kreises Göttingen konnte so bei durchgehenden deutlichen Stimmengewinnen, eine neue Fraktion gebildet werden und ein zusätzliches Einzelmandat gewonnen werden.

Und im bisherigen Kreis Osterode?

Hier sieht es leider völlig anders aus. Immerhin hatte es in der letzten Wahlperiode vier einzelne LINKE Mandatsträger gegeben, nämlich in Herzberg, Bad Grund, Hattorf und in der Gemeinde Wieda.

Von diesen vier Mandaten ist lediglich das in Herzberg von Ilyas Cangöz übrig geblieben. Ilyas, der DIE LINKE dort seit 2006 vertritt, konnte den Stimmenanteil von 2,9 auf 3,2 Prozent steigern. In Bad Grund, wo der Anteil mit dem neuen Kandidaten

Andreas Mose deutlich von 2,3 auf 3,4 % gesteigert werden konnte, gibt es trotzdem kein Mandat mehr. Dies liegt an den Besonderheiten des Wahlsystems, das die dortige knappe absolute Mehrheit der SPD mit einem zusätzlichen Mandat belohnt. Auch seine 5,6% im Ortsrat, ein deutlicher Achtungserfolg, blieben mandatslos.

In der früheren Samtgemeinde und jetzigen Einheitsgemeinde Walkenried hatte DIE LINKE deutliche Einbußen von 3,6 % auf 2,2% erlitten, da hier nicht nur die AfD neu angetreten war, sondern auch mehrere Wählergemeinschaften. Dies betraf auch die frühere Gemeinde und den jetzigen Ortsteil Wieda, in der sich ebenfalls der LINKE Stimmenanteil von 5,5 % auf 3,7 % reduzierte, so dass kein Mandat errungen werden konnte.

In Bad Lauterberg reichte es beim Erstantritt nicht für ein Mandat. In Hattorf war DIE LINKE nicht mehr angetreten.

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

Landratswahl

Mit 6,8 Prozent lag das Ergebnis für den Landratskandidaten Dr. Eckhard Fascher noch deutlich über dem von DIE LINKE. für den Kreistag, für die er ja ebenfalls als Spitzenkandidat angetreten war:

Seine knapp 10.000 Stimmen reichten für den dritten Platz. Er dürfte dabei auch von Wählern der nicht kandidierenden Grünen und Piraten profitiert haben. Erfreulich sind auch seine 12 Prozent im Stadtgebiet Göttingen, die deutlich über den 6,4 Prozent bei der Oberbürgermeisterwahl 2014 liegen.

Eine eindeutige Wahlempfehlung hatten lediglich Die Grünen abgegeben für Reuter, was diesen den Löwenanteil von deren Wählern sicherte. Die Wähler

Wahlergebnis Landratswahl					
B. Reuter (SPD)	L. Theuvsen (CDU)	E. Fascher (DIE LINKE)	F. Oldenburg (FDP)	M. Täuber (ALFA)	J. Wilke (NPD)
48,66 %	34,12 %	6,82 %	4,38 %	3,43 %	2,58 %
69.065 St.	48.420 St.	9.682 St.	6.223 St.	4.865 St.	3.667 St.

der FWLG dürften sich hier gleichmäßig auf den (bisherigen) Landrat Bernhard Reuter und den CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Ludwig Theuvsen verteilt haben. Der Stimmenanteil der Göttinger FDP-Vorsitzenden Felicitas Oldenburg entsprach in etwa dem der FDP. Die Kandidaten von ALFA und NPD dürften im starken Maße von AfD-Wählern profitiert haben. Im Gegensatz zur vorherigen Landratswahl 2011, bei der ausschließ-

lich drei kommunalpolitisch erfahrene Personen für die größeren Parteien kandidiert haben, verfügten diesmal nur drei der sechs Kandidaten über längere kommunalpolitische Erfahrung. Verwunderlich ist sicherlich, dass ausgerechnet die CDU einen Kandidaten aufstellte, der überhaupt erst seit zwei Jahren kommunalpolitisch aktiv, sich in der Kreispolitik kaum auskennt und außerhalb der Stadt Göttingen nahezu unbekannt ist.

Wie hat DIE LINKE wo abgeschnitten?

Während die Verschiebungen zwischen der Kommunalwahl 2006 und 2011 erstaunlich gering waren, zeigt sich 2011 und 2016 ein deutlicher Zuwachs von rund ein Viertel im gesamten früheren Kreis Göttingen. Dies zeigt sich vor allem in Göttingen und im geringeren Umfang im westlichen Landkreis, also dort, wo die Mitglieder aktiv sind. Im

	Kreistag 2016	Kreistag 2011	Kreistag 2006
Insgesamt	4,4	3,4	3,4
Stadt Göttingen	8,2	6,1	6,4
GÖ-West (WB 6-7)	3,6	2,7	2,7
GÖ-Ost (WB 8-10)	2,2	1,8	1,8
OHA	2,6	2,6	2,5

östlichen Landkreis, wo keine oder keine kontinuierlichen Aktivitäten feststellbar sind, bleibt der Zuwachs eher bescheiden. Im Gebiet des bisherigen

Kreises Osterode, wo es in den letzten Jahren Mitgliederverluste gegeben hatte, ist eine weitgehende Stagnation eingetreten.

Kurzmeldungen:

▶ Parteiausschlussverfahren

Die KMV hatte beschlossen, dass ein Parteiausschlussverfahren für die Genoss*innen geprüft werden soll, die einen Konkurrenzantritt in der Stadt Göttingen als „Antifaschistische LINKE Ratsfraktion“ gemacht haben. Der Kreisverband, der Ortsverband und einzelne Personen haben sich darum gekümmert. Stichtag war der 11. August, an dem der Konkurrenzantritt im offiziellen Amtsblatt der Stadt mitgeteilt wurde. Wegen einer Vier-Wochen-Frist nach Eintritt des Ereignisses mussten wir das also kurz vor den Wahlen einleiten. Es konnte vermieden werden, dass diese

Ereignisse kurz vor der Wahl noch in der Presse erschienen, obwohl einige Median dazu anonym einen Tipp erhalten hatten. Für den 24. September hat die Landesschiedskommission zu einer Anhörung eingeladen.

▶ Rotes Zentrum

Der Vermieter Christoph Filler hatte uns die Räume im Erdgeschoss der Langen Geismar Straße 3 in Göttingen zum 31. August gekündigt, das war schon Ende Juni mitgeteilt worden. Die Kündigung enthielt die Formulierung „hilfsweise zum nächstmöglichen Zeitpunkt“. Wir hatten also bis nach den Wahlen Zeit. Wir sind als Kreisverband der offizielle

Mieter dieser Räume, die von vielen Gruppen genutzt werden. Wir haben der Kündigung formal widersprochen. Die Nutzer*innenversammlung des Roten Zentrums und einige Einzelpersonen führten in den vergangenen Monaten Gespräche untereinander und mit dem Vermieter und formulierten einen gemeinsamen Brief an Christoph. Christoph will die Räume übergangsweise etwa ein halbes Jahr für seine Betreuungseinrichtung nutzen, bis geeignetere Räume gefunden sind. Abends wären die Räume für die üblichen Gruppentreffen nutzbar. Er wollte nicht vorübergehender Untermieter von uns werden, weil das für seine Einrichtung nicht möglich sei, teilte uns Doreen als Ansprechpartnerin mit. Am 16.9. sollten die Räume nun geräumt sein. Sabine stellt uns ihren Keller zum Unterstellen zur Verfügung.

„Kommunen dürfen sich verschulden ...“

(...) Fortsetzung von Seite 1

Dadurch würden sie nicht nur für ausreichend Wohnungen im unteren Preisniveau sorgen, sondern auch ganz allgemein den Mietspiegel in einer erträglichen Höhe halten.

Realität ist, dass Reiche, die ja auf Bundesebene durch Steuersenkungen begünstigt wurden, mit dem ersparten Geld in den Kommunen Häuser aufkaufen können, teilweise sogar durch Leerstand die Mieten hoch gehalten werden, Reiche auf jeden Fall ihr Geld noch vermehren können.

Die Göttinger Linke fordert als wirkungsvolle Mietpreisbremse den Bau von 5.000 Wohnungen in kommunaler Verantwortung.

Wünschenswert wäre, dass gar nicht über die Schließung von Frei- und Hallenbädern debattiert würde, sondern dass sie entsprechend dem realen Bedarf erweitert und Eintrittspreise wieder gesenkt würden.

Realität ist, dass die Eiswiese als einziges verbliebenes Hallenbad in Göttingen

horrende Eintrittspreise hat und dass nach den Vorgaben des sogenannten Zukunftsvertrags eines von drei Freibädern, das Weender Freibad, geschlossen werden sollte. Die Göttinger CDU als lokale Vertretung einer der Parteien, die Schuld an den Steuersenkungen auf Bundesebene und damit den leeren kommunalen Kassen und dem „Spar“-diktat sind, spielte sich dann auch noch als Opposition an der Seite der Bevölkerung auf, als es großen und erfolgreichen Widerstand gegen die Schließung in Weende gab.

Die Göttinger Linke ist die einzige Kraft, die ehrlich an der Seite der Bevölkerungsmehrheit steht, weil sie nicht nur da, wo sich starker Widerstand regt, Sparprogramme zurück ziehen will. Sie ist für die vollständige Ausfinanzierung aller kommunalen Bedarfe, von Schulen und Kitas, über Wohnungsbau, Krankenhäuser, Bäder und Busse bis zu Straßenbau, Abwasser- und Müllentsorgung.

Durch die Steuersenkungen auf Bundesebene und die daraus folgende Austrocknung der kommunalen Kassen sind immer mehr Kosten einkommensunabhängig auf die gesamte Bevölkerung abgewälzt worden: Kommunale Finanzierung durch Busfahrpreise, Abwassergebühren, Parkgebühren, Straßenausbaubeiträge, Energiekosten, Grundsteuern, welche die Mieten in die Höhe treiben, Hunde- und Pferdesteuern usw. Und das nennt sich dann „Sparpolitik“. Die Bevölkerung ist überreif für eine klare Alternative zu dieser Politik. Unsere Aufgabe ist dabei, deutlich zu machen, dass wir nicht ein Problem durch geflüchtete Menschen haben, sondern durch Förderprogramme für einheimische Reiche. Wir können uns die Superreichen nicht mehr leisten!

(siehe auch den Artikel „Wie kann Reichtum besteuert werden?“ auf Seite 11)



Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
 Lange Geismarstraße 2
 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
 E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
 Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
 Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 26. Oktober, 19 Uhr
Neues Rathaus, Raum: wird noch bekanntgegeben
 Themen: Konstituierung der Fraktion, mittelfristige Planungen

► VHS Göttingen – gestern und heute

So schnell kann es gehen. „Gestern“ noch der personell alternativlose einzige Kandidat für die neue, große gGmbH Volkshochschule Göttingen/Osterode. Insbesondere auch die SPD-Vertreter im Aufsichtsrat versperrten sich vehement einer Stellenausschreibung und peitschten ihren Favoriten durch. „Heute“ einstimmig vom Aufsichtsrat abberufen mit dem begleitenden Kommentar der SPD: „Sein Verhalten gegenüber den Mitarbeiter*innen und seine unsachgemäße Buchführung seien nicht hinnehmbar.“ Gestern noch Begrifflichkeiten wie „illoyal“, „unanständig“, „feige“ gegenüber Mitarbeiter*innen und Betriebsrat, die auf finanzielle Ungereimtheiten aufmerksam machten, heute „zum Schutze aller Beteiligten“ die Abberufung des Geschäftsführers. Manchmal ist man ganz fix im Umdenken und Umsteuern. Als es darum ging, den Mitarbeiter*innen nach mehreren Jahren wieder zu einer tarifgerechten Bezahlung zu verhelfen wurden Begriffe wie unanständiges und ungerechtes Verhalten von der Mehrheit des VHS-Vorstandes als unberechtigt, unangemessen und populistisch abgekanzelt. Vielleicht distanziert sich ja der Aufsichtsrat nun von den unberechtigten Vorwürfen einiger seiner Mitglieder gegen Mitarbeiter*innen und ihren Betriebsrat genauso fix und mit einem Dank für verantwortungsvolles Handeln.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

www.linkes-portal-goe.net

► Wie kann Reichtum besteuert werden?

Experten auch aus dem Umfeld des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE sind derzeit noch der Meinung, dass sich große Steuererträge typischer Weise nur aus der Massenbesteuerung gewinnen lassen. In den Faltblättern, die wir verbreitet haben, konnte sich die Bevölkerung aber darüber informieren: Der Zustand besteht nicht schon immer, dass die Besteuerung von kapitaltypischen Einkommen und Vermögen nur rund 20 Prozent des Steuerertrags in Deutschland erbringt, Lohn- und Mehrwertsteuer aber rund 60 Prozent. Selbstverständlich kann das durch entsprechende gesetzliche Änderungen auch zurück geändert

werden, so dass wirklich starke Schultern wieder einen deutlich größeren Anteil tragen.

Schon die Initiative, dass der geforderte Grundfreibetrag der Einkommensteuer so weit angehoben werden soll, dass der gesetzliche Mindestlohn steuerfrei ist, ging erfolgreich vom Kreisverband DIE LINKE Göttingen aus und wurde zur neuen Beschlusslage der Bundespartei.

Durch den Wahlkampf in Göttingen konnten wir zeigen, dass die gezielte, ausreichende Besteuerung von wirklichem Reichtum ein Thema ist, das die Bevölkerung durchaus interessiert.

Ein Ausblick, um weiter Druck zu machen, damit die Mehrheitsbevölkerung Vertrauen zu linker Steuerpolitik schöpfen kann:

Nicht nur für die Besteuerung von Einkommen sollte es eine Progression geben, sprich: Von kleineren Einkommen werden weniger Prozent einbehalten, von größeren mehr, und im sehr hohen Bereich von hunderten Euro Jahreseinkommen in weiteren Steigerungen auch sehr hohe Prozentsätze, bis zu 90 Prozent und mehr. Auch Vermögen sollten entsprechend progressiv besteuert werden, ab Vermögen von einer Million Euro nur ein kleiner Prozentsatz, von größeren zunehmend mehr. Das wäre ein Weg, damit Menschen mit mittleren Einkommen und auch darüber Besteuerung begrüßen, damit die Gesellschaft wieder handlungsfähig wird und große Macht in wenigen privaten Händen zurück gedrängt wird. Die öffentliche Hand könnte hoffentlich bald auch wieder die Rolle eines verlässlichen Arbeitgebers ausfüllen, wie es die älteren Jahrgänge unter uns noch von früher kennen.

► Was so ein Wahlkampf doch alles zu Tage fördert

Die Göttinger Linke amüsiert sich über die Empörung der CDU über Pöstchenschieberei

Nun, drei Tage vor der Kommunalwahl, beschwert sich die CDU auf einmal über Pöstchenschieberei zwischen Kreis-SPD und Grünen. Nun sehen sie auch in der Abberufung des VHS-Geschäftsführers ein wahlkampfbezogenes „Personalsüppchen“. Dabei ist es dann egal, dass sie, wenn es um Personaldeals zu ihren Gunsten geht, nichts Verwerfliches darin sehen kann. Werden doch Dezernententstellen im Rathaus seit jeher nach Parteienproporz vergeben. Ganz bestimmt wird der nächste Kämmerer der Stadt wieder eine CDU-Frau oder ein CDU-Mann werden.

Als vor gut einem halben Jahr der CDU-Bewerber für den Landratsposten in Northeim den unterlegenen parteilosen Mitbewerber nach dem ersten Wahlgang mit dem Posten des ersten Kreisrates zum Wahlauftritt für sich lockte, da war das für die Christdemokraten ein ganz normaler Vorgang. Als die Grünen schon recht frühzeitig den Verzicht auf eine/n eigene/n Landratskandidaten*in bekanntgaben und

der Landrat dafür sofort versicherte, dass die erste Kreisrätin auch weiterhin Wemheuer von den Grünen heißen würde, war das kaum eine öffentliche Protestnote der CDU wert. Aber jetzt plötzlich entdeckt man, von einem anonymen „Whistleblower“ übermittelt, dass sogar die Stelle des Geschäftsführers des Zweckverbandes Verkehrsverbund Südniedersachsen für die Grünen noch dazu kommen soll: Unerhört so etwas und das erfährt man erst drei Tage vor der Wahl!

Wie war das doch noch mit dem oder den vermeintlichen Whistleblowern in Sachen VHS-Geschäftsführer aus dem Munde von CDU-Granden: „Derzeit ist der einzige Skandal, wie die Vorwürfe gegen den Geschäftsführer an die Öffentlichkeit gelangten.“ Man dreht sich die Dinge halt immer so zurecht, wie sie einem in den Kram passen. Oder: Wer im Glashaus sitzt ...

Aber schön, dass man das Gemau-schel mal öffentlich macht. Die Göttinger Linke wird bei Gelegenheit sicherlich darauf zurückkommen müssen.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

Mitgliederversammlung

**Montag, 14.11.2016, 19:00 Uhr,
Rotes Zentrum**

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der satzungsgemäßen Einladung
2. Rechenschaftsbericht
3. Bericht der Fraktion
4. Finanzbericht / Revisionsbericht
5. Diskussion
6. eventueller Antrag auf Satzungsänderung
7. Wahlen des SprecherInnenkreises und der RevisorInnen
8. Schlusswort

Spendenkonto Göttinger Linke

Konto 0101198700
Volksbank Göttingen
BLZ 260 900 50

IBAN: DE61 2609 0050 0101 1987 00

Dokumentation:

Redebeitrag DKP vom 10. 09. 2016

Ich spreche für die DKP, die eine der TrägerInnen der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke ist:

Wir stehen wieder einmal hier. Drüben die Faschos, wieder einmal beschützt durch die Uniformierten, die verhindern wollen oder sollen, daß diesen armen, wehrlosen und friedliebenden Nazis auch nur ein Haar gekrümmt wird.

Die Nazis versuchen wieder einmal, in Göttingen Fuß zu fassen. Dies erinnert an die Zeit Ende der 80er/Anfang 90er Jahre des letzten Jahrhunderts, als sie es schon einmal versuchten. Auch damals ohne Erfolg, aber auch damals unter der schützenden Hand der Staatsgewalt.

Damals ging der Spuk von Mackenrode aus, wo Karl Polacek sein Haus zu einem Nazizentrum der FAP, der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ aufbaute, einer Partei, an der nichts freiheitlich und nichts im Interesse der Arbeiterklasse war. Thors-ten Heise war einer seiner Zöglinge.

Im Gegensatz zu heute war es ihnen damals tatsächlich gelungen, sich an einigen Orten in der Stadt festzusetzen und auch von dort aus ihren Terror auszuüben. Wir mußten sie aus der Stadt jagen, um uns wieder sicher bewegen zu können. Einige von Euch werden sich sicher noch an die Angriffe auf die Burgschänke oder das Quick, welches damals eine nazi-freundliche Kneipe war – heute nicht mehr –, erinnern. Es gab mehr oder weniger gezielte Aktionen gegen Nazis, zuletzt den Angriff auf das Mackenröder Zentrum.

Der Kampf gegen die Nazis kostete 2 Tote! Conny, deren Tod von den Beschützern der Nazis verursacht wurde, indem diese eine Gruppe AntifaschistInnen verfolgten und dabei in den Verkehr einer vielbefah-

renen Straße jagten. Und Alex, der von 2 Nazis in Rosdorf erstochen wurde.

Die braune Brut wurde damals durch aktiven antifaschistischen Widerstand aus Göttingen vertrieben und hat es lange nicht mehr versucht, hier Fuß zu fassen!

Durch Connys Tod wurde eine breitere Öffentlichkeit auf das Naziproblem aufmerksam ... aber auch auf das Tun und Treiben des ZSK, des „Zivilen Streifenkommandos“, das mitverantwortlich war, und dessen Auflösung dann auch gemeinsam tatsächlich politisch durchgesetzt werden konnte. Gleiches muß auch mit den BFE, den von manchen als „Beweisfälschungseinheiten“ verleumdeten „Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten“ geschehen, die sich, wie damals das ZSK, durch besondere Übermotiviertheit im Einsatz gegen Linke auszeichnen!

Damals wie heute sind im Kampf gegen die FaschistInnen direkte Aktionen weniger UND die Unterstützung durch ein breites, flankierendes antifaschistisches Umfeld die einzig erfolgversprechende Vorgehensweise. Damals waren es die „BürgerInnen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“, heute sind wir es, das „Bündnis gegen Rechts“. Das Nebeneinander der verschiedenen Aktionsformen – und wir lassen uns nicht spalten, allen Polizeipräsidenten und Teilen der Presse zum Trotz – ist unsere Stärke, die die Nazis wieder in die Knie zwingt, ... und natürlich alles beherzt und mit Augenmaß. Früher wie heute gilt: **WEITESTGEHEND FRIEDLICH!**

ABER

Wir dürfen unser Augenmerk nicht nur auf die Faschos und unsere uniformierten FreundInnen richten.

Sie **BEIDE**, jede Gruppe auf ihre Weise, sind nur die „Hampelmänner“ der Bourgeoisie.

Die einen machen die offensichtliche Schmutzarbeit, z. T. siehe NSU mit staatlicher Unterstützung. Wobei auch die Nazis nur einen Teil der Drecksarbeit leisten. Wir dürfen nicht jene Beamten und Angestellten in den Rathäusern vergessen, die mit ein paar Buchstaben auf dem Papier viel effektiver Menschen in den Tod oder auch „nur“ ins Elend stürzen. Als Beispiele seien Abschiebungen und Hartz IV genannt. Letzteres als wesentliches Instrument, wieder billiges Maschinen- und Kanonenfutter für die Herrschenden zu produzieren.

Die andere Gruppe, die der Uniformierten, schützt die Nazis und verfolgt die Linken und AntifaschistInnen.

Aber alle beide sind sie dazu da, hauptsächlich gegen ihre ursprünglichen Klasseninteressen, an denen sie Verräter sind, die Interessen des Deutschen Kapitals durchzusetzen!

Daher lautet unsere Losung: **DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND UND HEISST DEUTSCHER IMPERIALISMUS! ROTFRONT!**

(...) Forts. von Seite 3 - FG Cuba

1991–2000

„Sonderperiode“: Starke wirtschaftliche Belastungen durch den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers mit direkten Auswirkungen auf die Bildung. Trotzdem wurde keine Bildungseinrichtung geschlossen und die Entwicklung des Bildungssystems auf allen Ebenen fortgesetzt. Im Hinblick auf die Verantwortung des Lehrpersonals bei der Erziehung der neuen Generationen wurde die ideologische Arbeit verstärkt.

2001–2016

Etappe der „Ideenschlacht“: Umsetzung von über 200 Programmen in allen Gesellschaftsbereichen, insbesondere im Bildungsbereich (Familienbibliotheken, Anwendung technologischer Neuerungen in der Bildung, Schaffung des TV-Bildungskanals, Fernsehprogramm „Universität für alle“, Gründung der Schulen für Kunstausbilder, etc.). Die letzten Jahre sind durch die Einführung – in beiden Stufen des Bildungswesens – von Änderungen gekennzeichnet, die zu einer umfassenden Bildung der Schüler und Studenten und ihrer politisch-ideologischen Erziehung sowie zur Erhöhung der Qualität der Bildung beitragen.

Aus Granma Internacional, 2. 9. 2016

